

# Schönburger Tageblatt

## Waldenburger Anzeiger

Erscheint wochentlich. Bezugspreis monatlich im Voraus 1.80 R.-M., frei, auschl. Fracht. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-M. Anzeigenpreise: 6 Gepl. Petitzeile 0,16 R.-M., d. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3 Gepl. Reklamezeile 0,45 R.-M., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-M., Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvereins (S. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Oberrasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster, in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter, in Langencursdorf bei Herrn Hermann Eiche, in Volkerburg Herrn Einar Friebemann, in Penig bei Firma Wilhelm Dahler, in Siegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Eindrungen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Verhinderung hat der Besieger keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung ohne Rückzahlung des Bezugspreises für Nichterhalt der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen abgenommen in seine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langencursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Nr 296

Dienstag, den 21. Dezember 1926

49. Jahrgang.

## Bertagung der Kabinettsbildung bis Januar.

### Amthlicher Teil.

Der diesjährige sogenannte „gute Dienstag“ nebst Wochenmarkt wird Montag, den 27. d. M., abgehalten. Am Dienstag, den 27. d. M. fällt der Wochenmarkt aus. Waldenburg, den 20. Dezember 1926. Der Stadtrat.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikanten Karl Friedrich Heinicke in Waldenburg, alleinigen Inhabers der Firma Waldenburger Tisch- und Kunstmöbelfabrik Friedrich Heinicke in Waldenburg Sa. ist zur Wahl eines Gläubiger-ausschusses und eines Stellvertreters sowie zur Berichterstattung über den Stand des Konkurses Termin zur Gläubigerversammlung auf den

4. Januar 1927, nachm. 2 Uhr  
Amtsgericht Waldenburg, den 18. Dezember 1926.

Der Reichspräsident empfing am Sonnabend eine Anzahl führender Politiker.

Der Verband deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten beschloß für den 22. Dezember die Generalausperrung. Stresemann hat sich gestern Sonntag nach Hamburg begeben.

Nach einem Schiedspruch in der Textilindustrie werden die Löhne um 6 Prozent erhöht.

In Ostoberschlesien ereigneten sich schwere Ausschreitungen gegen deutsche Reisende.

Der französische Senat hat den Staatshaushalt verabschiedet.

Italien verstärkt seine Flotte.

Im Verhältnis zwischen Rußland tritt keine Veränderung ein.

Rußland hat über 2 Millionen Arbeitslose.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat das Freigabegesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Waldenburg, 18. Dezember 1926.

Der Sturz des Kabinetts Marx kam nach allem, was vorhergegangen war, nicht mehr überraschend. So haben wir wieder die Weihnachtsskizze, die zu einer feststehenden Einrichtung in unserem parlamentarischen Leben zu werden scheint. Drei Jahre hintereinander konnten nun schon solche Krisen verzeichnet werden. Am 15. Dezember 1924 trat das von Marx geführte Minderheitskabinett der Mitte zurück, nachdem die Wahlen vom 7. Dezember das Ergebnis der Wahlen nicht wesentlich geändert hatten. Nach Neujahr bildete darauf Dr. Luther sein Kabinett, an dem auch die Deutschnationalen beteiligt waren. Nachdem dann infolge der Paraphierung von Locarno die deutschnationalen Minister aus dem Kabinett ausgetreten waren, trat das Kumpfkabinett Luther am 5. Dezember 1925 zurück, um am 19. Januar 1926 in geänderter Gestalt wieder aufzuleben.

Anders geartet als diese früheren Krisen ist die jetzige. Damals vollzogen sie sich zwangsläufig; das eine Mal handelte es sich um die natürliche Neubildung der Regierung nach einer Wahl, das andere Mal um die Einlösung eines Versprechens, das schon nach der Rückkehr Dr. Luthers und Dr. Stresemanns von Locarno abgegeben worden war. Das Kabinett hatte damals erklärt, nur noch so lange im Amt bleiben zu wollen, bis der Locarno-Vertrag durch die Unterzeichnung in London zum Abschluß gebracht worden sei. In Erfüllung dieses Versprechens trat es dann vor Weihnachten zurück.

Die jetzige Krise ist mehr zufälliger Art. Sie hätte ebenso gut früher oder später eintreten können, denn ein Minderheitskabinett ist natürlich niemals dagegen gefeit, durch die vereinigte Opposition gestürzt zu werden. Daß dieser Sturz gerade jetzt kam, hängt jedenfalls nicht mit der Politik des Kabinetts zusammen, sondern es waren dafür taktische Erwägungen maßgebend. In einer parteiamtlichen Erklärung der Deutschen Volkspartei wird gesagt, die Minderheitsregierung sei gefallen, nicht weil ihre politische Leistung versagt hätte, sondern weil die Parteien rechts und links sich in dem Drange, zur Macht zu gelangen, zu ihrem Sturz zusammenschlossen. Es mag dahingestellt bleiben, ob dies in dieser Form zutrifft. Man hat

den Eindruck, als ob weder die Sozialdemokraten noch die Deutschnationalen den Sturz der Regierung in diesem Augenblick so ganz ernstlich wollten. Sie hatten vielleicht beiderseits nur den Wunsch, der Minderheitsregierung ihre Macht zu zeigen. Es ging ihnen wie Wallenstein: „In dem Gedanken nur gefiel ich mir, die Freiheit reizte mich und das Vermögen.“ Aber dann mußten sie die Tat vollbringen, weil sie sie geschah.

Tatsache ist, daß bei der entscheidenden Abstimmung — wohl nicht unabsichtlich — eine ganze Reihe Sozialdemokraten fehlte, und da sich zur Zeit eine Anzahl Kommunisten in Moskau befindet, so hätte bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen die Regierung in der Mehrheit bleiben können. Andererseits hatten die Deutschnationalen zur Zeit keinerlei besonderen Anlaß, der Regierung ihr Mißtrauen auszusprechen. Das hat auch Graf Westarp noch vor der Abstimmung bestätigt. Wenn sie gleichwohl für den sozialdemokratischen Antrag stimmten, so geschah das entsprechend ihrer in der letzten Zeit eingeschlagenen Taktik, die darauf hinausläuft, klare Verhältnisse zu schaffen. Wäre diese Klärung auf andere Weise — durch Verhandlungen der Regierungsparteien mit den Deutschnationalen — zu erzielen gewesen, so wäre die Abstimmung anders ausgefallen.

Diese Verhandlungen, die die Deutschnationalen forderten, sind ausgeblieben, wenigstens soweit das Zentrum in Frage kommt. Die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei waren zu solchen Verhandlungen bereit. In der erwähnten Erklärung der Deutschen Volkspartei heißt es darüber: „Die Deutschnationalen hatten die Gewissheit, daß die Deutsche Volkspartei für eine Erweiterung der Regierung nach rechts eintreten würde, wenn die Partei des Grafen Westarp zur Abwehr der sozialdemokratischen Anträge beigetragen hätte. Auch Herr Reichsminister Marx hatte den Deutschnationalen erklärt, daß ein Kabinett der Großen Koalition jetzt nicht in Frage kommen könne. Trotzdem hat die Deutschnationalen Volkspartei den Weg der äußersten Opposition beschritten, ohne Rücksicht auf die innen- und außenpolitischen Folgen.“

In der Besprechung, die der Reichsminister mit dem Reichspräsidenten hatte, hatte er zwar, wie verlautet, erklärt, daß die Große Koalition zur Zeit nicht in Frage komme, aber ebenso entschieden hatte er Verhandlungen mit den Deutschnationalen abgelehnt, offenbar, weil er sich parteitaktisch zu sehr festgelegt hatte. In politischen Kreisen glaubt man deshalb auch nicht, daß Marx für die Neubildung des Kabinetts in Frage kommt. Man rechnet indessen damit, daß der Reichspräsident wieder ein Mitglied der Mittelparteien, das heißt des Zentrums oder der Deutschen Volkspartei, mit der Kabinettsbildung betrauen werde, da eine Auftragserteilung an die Opposition von links oder rechts unter den gegebenen Verhältnissen nur eine Zeitverschwendung bedeuten würde. Wenn dabei schon bestimmte Namen genannt werden, so handelt es sich natürlich nur um Kombinationen. Vor Weihnachten ist keinesfalls eine endgültige Entscheidung zu erwarten, es kann sich vielmehr zur Zeit nur um Vorbesprechungen handeln.

### Die Weihnachtsbeihilfen.

In seiner letzten Sitzung hat der Reichstag mit der Annahme des Nachtragshaushalts neben den Weihnachtsbeihilfen für die Beamten auch noch andere Weihnachtsbeihilfen beschlossen. So wurden 25 Millionen Reichsmark zur Gewährung einer einmaligen Beihilfe an Erwerbslose, die bereits über 26 Wochen unterstützt worden sind, sowie an Invaliden und Kleinrentner bewilligt. Die genannten Erwerbslosen erhalten einen Betrag in Höhe einer halben Wochenunterstützung. In der Invalidenversicherung wird auf jede Invaliden-, Witwen- und Witwenrente eine Beihilfe von je sechs Reichsmark, auf jede Waisenrente eine solche von je 3 Reichsmark gewährt. Kleinrentner erhalten einen Betrag von einem Drittel der Monatsunterstützung, jedoch erhalten Kleinrentner mindestens 10 Reichsmark, Ehepaare mindestens 15 Reichsmark und Bezüher von Waisenrenten mindestens 7,50 Reichsmark. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, um die Beihilfen möglichst schnell auszusahlen. Für die

Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird die Notmaßnahme in ähnlicher Weise wie im Vorjahre durchgeführt werden.

Alle Militärrentenempfänger erhalten im Dezember 1926 eine einmalige Zuwendung in Höhe von einem Viertel der für Dezember zu gewährenden laufenden Versorgungsgebühren. Die Auszahlung erfolgt in der Weise, daß die Versorgungsämter die Zuwendung mit der Rente für Januar 1927 zusammenzahlen. Den Gesamtbetrag an Rente erhalten die Empfänger vom 27. Dezember an bei den Postanstalten usw. An Empfänger der Zusatzrente wird die einmalige Zuwendung so bald als möglich (wenn legend zugänglich noch vor Weihnachten) von den Fürsorgestellen gezahlt werden.

Die Postanstalten werden die Militärversorgungsgeldleistungen für Januar 1927 ausnahmsweise bereits vom 27. Dezember an und die Unfall- und Invalidenrenten für Januar 1927 am 30. oder 31. Dezember auszahlen. Zur ordnungsmäßigen Abwicklung des Rentenzahlungsverkehrs ist es notwendig, daß die Empfänger ihre Januar-Bezüge an den durch Aushang an den Postämtern bekanntgegebenen Zahltagen abheben.

### Die Parteiführer bei Hindenburg.

Vorläufig nur informatorische Besprechungen.

Zu der durch den Sturz des Kabinetts geschaffenen Lage wird berichtet, daß Reichspräsident von Hindenburg im Laufe des Sonnabends die Fraktionsführer der Deutschnationalen, Grafen Westarp, der Sozialdemokraten, Müller-Franken, des Zentrums, v. Guérard, und der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, empfing. Es handelte sich dabei um informatorische Besprechungen. Eine Betrauung mit der Aufgabe der Kabinettsbildung oder auch nur mit der Führung von Verhandlungen ist noch nicht erfolgt.

Mittags trat das geschäftsführende Kabinett zusammen, um sich mit laufenden Angelegenheiten zu beschäftigen. Im Reichstag fanden zwischen den Deutschnationalen und den übrigen hiesigen Parteiführern Verhandlungen über die Möglichkeiten einer Regierungsneubildung statt.

Dr. Stresemann hat am Sonntag seine angekündigte Reise nach Hamburg unternommen. Für den heutigen Montag ist die Besichtigung des weltwirtschaftlichen Archivs, des Instituts für Außenpolitik und des Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Aussicht genommen.

### Die Auffassung in Paris.

Die gesamte französische Morgenpresse befaßt sich in ausführlichster Weise mit der durch den Sturz der Regierung hervorgerufenen Krise im Reich. In offiziellen und auch in diplomatischen Kreisen gibt man hier, wie bereits kurz gemeldet, der Erwartung Ausdruck, daß Außenminister Stresemann auch dem neuen Kabinett angehören werde. Im übrigen sind die Meinungen über die zukünftige Zusammensetzung der deutschen Regierung natürlich geteilt, man rechnet im allgemeinen damit, daß eine Lösung der Krise erst im Laufe des Monats Januar zu erwarten sein werde.

### Polnischer Terror in Ostoberschlesien.

Schwere Ausschreitungen gegen deutsche Reisende.

Nach einer Meldung aus Katowitz kam es am späten Abend des Mittwoch in Sienianowiz auf dem Platz vor dem Bahnhof zu Ausschreitungen einer Bande von etwa 20 Mann, die teilweise in uniformen trugen, gegen mehrere aus Deutschen kommende Reisende, u. a. den Hütteninspektor Schweigel und ihn begleitende Familienangehörige.

Als sein 16-jähriger Sohn, der eine deutsche Schulafermüge trug, die Sperre durchschritten hatte, wurde ihm von der Bande sein Stock, auf den er sich einer Fußverletzung wegen beim Gehen stützte, fortgerissen, und er wurde verprügelt. Als Schweigel seinem Sohn zu Hilfe kommen wollte, fielen die Angreifer auch über ihn her und mißhandelten ihn ebenso wie seine beiden Ehe-